Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Weiter so?

Wenn diese Kolumne veröffentlicht wird, hat Deutschland gewählt. Ganz gleich, ob Schwarz-Gelb, eine große Koalition oder „R2G" (Rot-Rot-Grün) in den nächsten vier Jahren die deutschen Geschicke bestimmen wird: Das im Wahlkampf weitestgehend ausgeklammerte Euro-Problem bleibt ungelöst und wird schon bald an verheerender Eigendynamik gewinnen. Die systematische Vernebelung der gewaltigen Risikodimension für die deutschen Steuerzahler wird sich nicht mehr lange halten lassen. Eine Reihe von dramatischen Zahltagen dürfte den Deutschen die Augen darüber öffnen, dass sie von der in diesem Punkt gut funktionierenden stillschweigenden Koalition aus CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen vor der Wahl vorsätzlich hinter die Fichte der Realitäten geführt worden sind. Schon bald wird sich zeigen, dass der vom Finanzministerium genannte Haftungsrahmen von etwa 80 Mrd. EUR nur einen Bruchteil der tatsächlich im Feuer stehenden deutschen Steuergelder abdeckt. Das ifo-Institut beziffert die bisherigen Haftungsanteile im Falle eines GAU auf 637 Mrd. EUR, was etwa einem Viertel unserer jährlichen Wirtschaftsleistung und mehr als dem doppelten Bundeshaushalt entsprechen würde. In einer auch offiziell etablierten Haftungsunion müsste die Bundesrepublik allerdings auf Dauer für ein Mehrfaches geradestehen.

Keine Strategie

Ein weiterer Schuldenschnitt für Griechenland ist nur noch eine Frage der Zeit und der Etikettierung. Er wird Deutschland über 40 Mrd. EUR kosten – also deutlich mehr als die Summe, die die von Rot-Grün geplanten Steuererhöhungen einspielen würden. Wirkliche Problemlösungen sind nicht in Sicht. Die „Wirtschaftswoche" beschreibt die zwei politischen Lager und Positionen so: „CDU, CSU und FDP wollen mehr oder weniger weiterwursteln wie gehabt. Hauptziel ist, mit einem möglichst geringen finanziellen Engagement Deutschlands das Auseinanderbrechen der Euro-Zone zu verhindern. SPD und Grüne dagegen streben eine mal weniger, mal mehr ausgeprägte gemeinsame Haftung für die Schulden aller Euro-Länder an. Auch für die Banken der Euro-Zone soll es künftig einen gemeinsamen Haftungsverbund geben." Wahrlich Alternativen wie Pest und Cholera.

Mangels Masse

Auch das Thema Bankenunion wird schon bald wieder auf der Brüsseler Agenda auftauchen. Damit sind zunächst eine europäische Bankenaufsicht durch die EZB sowie ein Abwicklungsplan für Pleitebanken gemeint. Die hoch verschuldeten Südländer verlangen darüber hinaus die Einführung eines gemeinsamen Einlagensicherungsfonds und eines Bankenabwicklungsfonds. Dabei ist Deutschland die Rolle des Generalzahlmeisters zugedacht. Im Ergebnis entstünde de facto ein weiterer Selbstbedienungs-Mechanismus zulasten der deutschen Steuerzahler. Die sozialisierte Einlagensicherung wäre das Vehikel, um Transferzahlungen in Länder mit angeschlagenen Bankensystemen zu programmieren. Und der Abwicklungsfonds, der sich durch Bankenabgaben finanzieren soll, wäre mangels Masse kaum in der Lage, große Pleitebanken abzuwickeln. Dann aber würden wiederum die Staaten, also vor allem Zahlmeister Deutschland, in die Haftung genommen.

Abwärtsspirale

Steinbrück und Trittin sind für die Einführung von Eurobonds. Die Idee: Wenn alle Länder gemeinsam Anleihen begeben, müssen die Krisenländer niedrigere Zinsaufschläge zahlen. Die Folge: Für unsolide Länder gäbe es plötzlich keine Kreditlimits mehr. Sie könnten weitere Schulden machen, ohne dafür – wie bisher – von den Märkten mit höheren Zinskosten bestraft zu werden. Der Bankenverband warnt: „Am Ende droht eine Abwärtsspirale aus noch höherer Staatsverschuldung, geringerem Wirtschaftswachstum und weiter steigender Arbeitslosigkeit." Ganz zu schweigen von einer irreversiblen und unlimitierten Haftung Deutschlands für die Schuldenländer.

Die Alternative

Mit dem Vorsitzenden des (unabhängigen) Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium hat kürzlich erstmals ein namhafter Regierungsberater vor den Folgen der Euro-Rettung gewarnt. Der Ökonomie-Professor Kai Konrad äußerte sich in einem „Welt"-Interview wenig hoffnungsvoll über die Zukunftsfähigkeit des Euro. Einen Ausstieg Deutschlands aus der Gemeinschaftswährung bezeichnete er als ernst zu nehmende Alternative. Konrad weiter: „Wenn man die Währungsunion aufbrechen will, sollte man dies an der Nordgrenze tun. Wenn, dann muss Deutschland aus dem Euro raus". Der Euro sei nicht Europa. „Europa sollten wir retten, nicht den Euro."

„Friedensprojekt"

Ein deutscher Ausstieg aus dem Euro wird von interessierter Seite zur wirtschaftlichen Katastrophe und zum politischen Flächenbrand hochstilisiert. Wer sich hier noch steigern will, spricht von einer Torpedierung des europäischen Friedensprojekts. Richtig ist, dass die Wiedereinführung der DM mit gewaltigen Kosten und Risiken verbunden wäre. Ebenso richtig ist aber auch, dass die Ausstiegskosten immer in Relation zu sehen sind zu den unabsehbaren finanziellen Belastungen, die aus einer praktizierten Schulden- und Haftungsunion dauerhaft für Deutschland entstehen. Es geht also nur noch um das kleinere Übel. Und den Politikern, die die de facto verbrannten „Rettungsgelder" zu verantworten haben, fehlt die moralische Legitimation, um Befürworter des Ausstiegs jetzt für die Höhe der Reparaturkosten haftbar zu machen.